
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 2 (1974)

DOI: 10.11588/fr.1974.0.46663

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

GOTTFRIED NIEDHART

DIE BRITISCH-FRANZÖSISCHE GARANTIEERKLÄRUNG
FÜR POLEN VOM 31. MÄRZ 1939:
AUSSENPOLITISCHER KURSWECHSEL DER WESTMÄCHTE?

Im März und April 1939 setzte sich der Erosionsprozeß fort, der seit der Mitte der dreißiger Jahre das internationale System in Europa, wie es die Pariser Friedenskonferenz 1919 geschaffen hatte, aushöhlte. Mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag am 15. März 1939 konsolidierte Hitler seine Ausgangsbasis in Mitteleuropa, die er in seinem außenpolitischen Stufenplan als Sprungbrett zum kontinental-europäischen Imperium und darüber hinaus zur Realisierung der schon in »Mein Kampf« geäußerten Weltmachtpläne benötigte. In Mitteleuropa wollte von dieser Entwicklung Ungarn profitieren, das im Windschatten der deutschen Forderungen sogleich Ansprüche auf Ruthenien anmeldete. Wenig später griff Italien, die andere revisionistische Großmacht in Europa, nach Albanien aus und setzte damit eine – analog zur deutschen Entwicklung innen- wie außenpolitisch motivierte – Politik fort, die mit dem Krieg gegen Äthiopien begonnen hatte. Im Gegensatz zu früheren Veränderungen des status quo sahen sich Großbritannien und Frankreich jetzt veranlaßt, Schritte zugunsten von weiteren präsumptiven Opfern der deutschen und italienischen Expansionspolitik zu unternehmen. Die Westmächte garantierten am 31. März 1939 zunächst die Unabhängigkeit Polens, dann am 13. April diejenige Rumäniens und Griechenlands. Die auf die Zeitgenossen sensationell wirkenden Schritte britisch-französischer Politik scheinen rückblickend die Weichen zum Krieg gegen Deutschland gestellt zu haben. Wer jedoch in Kenntnis und unter dem Eindruck des späteren Kriegsausbruchs eine geradlinige Zwangsläufigkeit von den Garantien der Westmächte für ost-mittel- und südosteuropäische Staaten zum Beginn des Zweiten Weltkrieges annimmt, gerät in die Gefahr, den Trugschlüssen der Retrospektive zu erliegen. In der Forschung, zumal in zusammenfassenden Gesamtdarstellungen¹, überwiegt bisher diese Sicht. Danach begann die engere Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs – so etwa die weit verbreitete Darstellung Walther Hofers² – mit dem Ein-

¹ Vgl. etwa GRAML, Hermann: Europa zwischen den Kriegen, München 1969, S. 378 ff.

² HOFER, Walther: Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939, 4. Aufl. Frankfurt 1964.

marsch Hitlers in Prag. Die anschließende Erklärung des britischen Premierministers vom 31. 3. 1939 im Unterhaus habe gegenüber der sogenannten Appeasement-Phase bis 1938 eine »radikale Wendung der britischen Außenpolitik«³ bedeutet. Nach Meinung des damaligen Staatssekretärs im deutschen Auswärtigen Amt stellte sie einen Blankoscheck für Polen und seine intransigente Regierung dar⁴. Die These von der »außenpolitischen Kursänderung der Westmächte«⁵, von der »Revolution in der britischen Politik«⁶ im März 1939 soll im folgenden überprüft werden. Dies scheint um so dringender angezeigt zu sein, als auch in der Literatur, die von einer diplomatischen Revolution nach dem 15. 3. 1939 spricht, gleichzeitig gesagt wird, die Appeasementpolitik, also die Bereitschaft, wie früher eine Tür zum Einlenken für Hitler offen zu lassen, habe als »Unterströmung« fortgelebt⁷.

War es lediglich eine »Unterströmung«? Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn über die Ereigniskette diplomatischer Aktivitäten⁸ hinaus eine systematische Analyse versucht wird, die nach der britisch-französischen Interessenlage und nach den außenpolitischen Zielvorstellungen in einem näher zu bestimmenden Staatensystem fragen muß, um schließlich Aussagen über die Bedeutung der Garantieerklärung für die außen- oder auch innenpolitische Gesamtstrategie machen zu können. Gab es in der Politik der Garantien kurzfristige und zugleich langfristige Ziele? Resultierte sie aus der speziellen Situation eines dem Parlament und der Öffentlichkeit verantwortlichen Premierministers, der sich der

³ HOFER (wie Anm. 2) S. 45.

⁴ WEIZSÄCKER, Ernst v.: Erinnerungen, München 1950, S. 222: Der britische Premierminister »band England fest an die Beschlüsse Polens ... Warschau hatte es in der Hand, das britische Empire in den Krieg zu ziehen.« In diesem Zusammenhang wird verschiedentlich der Vorwurf erhoben, die britische Regierung habe sich durch ihre »unüberlegte« Bindung an Polen jeglicher Handlungsfreiheit begeben, obwohl sie ihre Verpflichtungen militärisch ganz offenbar nicht einlösen konnte. Damit habe sie den Kriegsausbruch geradezu beschleunigt. Wie sich zeigen wird, wird diese auf militärstrategische Faktoren verkürzte Argumentation der britischen Politik kaum gerecht. Vgl. zu dieser Sicht den Militärtheoretiker LIDDELL HART, Basil H.: Memoirs, Bd. 2, London 1965, S. 214 ff. und ders., History of the Second World War, London 1970, S. 3 ff.

⁵ BROZAT, Martin: Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939, in: Bohemia 8, 1967, S. 254.

⁶ EUBANK, Keith, The British Pledge to Poland: Prelude to War, in: Southwestern Social Science Quarterly 45, 1965, S. 343.

⁷ BROZAT (wie Anm. 5) S. 275. Vgl. auch GRAML (wie Anm. 1) S. 383; HOFER (wie Anm. 2) S. 49; EUBANK (wie Anm. 6) S. 345, 347.

⁸ Dazu WILLIAMS, T. Desmond, Negotiations Leading to the Anglo-Polish Agreement of 31 March 1939, in: Irish Historical Studies 10, 1956/57, S. 59–93 und 156–192. Siehe auch ROCK, William R., The British Guarantee to Poland, March 1939: a Problem in Diplomatic Decision-Making, in: South Atlantic Quarterly 65, 1966, S. 229–240, wo – wenn auch auf zu schmaler Quellenbasis – der Spezialfrage der Entscheidungsfindung in der britischen Politik nachgegangen wird.

allgemeinen Erregung über Hitlers Bruch des Münchener Abkommens nicht entziehen konnte und aus innenpolitischen Gründen dem deutschen Expansionsanspruch eine Schranke setzte⁹? Oder war die britisch-französische Garantieerklärung für Polen nur scheinbar so spektakulär und folgte sie tatsächlich Grundsätzen, die unabhängig von Meinungen in der Öffentlichkeit längst Gültigkeit hatten?

Zwei Falschmeldungen

Die Aufmerksamkeit muß sich zunächst auf die Vorgänge in der zweiten Märzhälfte 1939 richten, die in der Verkündung der Polengarantie kulminierten. Dabei ist zu beachten, daß zunächst nicht Polen, sondern Rumänien im Zentrum der Überlegungen stand.

Viel sprach für die Vermutung der französischen Regierung¹⁰, der nächste Schlag Hitlers werde sich gegen Rumänien richten, um die dortigen, für eine autarke Kriegswirtschaft so wichtigen Ölvorkommen und agrarischen Produkte für Deutschland zu sichern. Eine Bestätigung dieser Auffassung schien am 17. 3. vorzuliegen, als der rumänische Gesandte in London, Tilea, Außenminister Halifax über ultimative Forderungen während der laufenden deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen unterrichtete. Wie, so wollte Tilea wissen, wird Großbritannien auf eine deutsche Aggression gegen Rumänien reagieren, falls Bukarest dem deutschen Druck nicht nachgeben sollte¹¹? Noch am Abend desselben Tages wurden die Regierungen in Moskau, Warschau, Ankara, Athen und Belgrad um Auskunft darüber gebeten, wie sie sich bei einem deutschen Angriff auf Rumänien verhalten würden¹². Vorherige Konsultationen mit Paris waren ausgeblieben. Halifax informierte seinen französischen

⁹ So deutet die Garantieerklärung für Polen FORSBERG, Sture, *Den Brittiska garantin till Polen den 31 Mars 1939, en utrikespolitiskt beslut*, in: *Statsvetenskaplig Tidskrift för Politik, Statistik, Ekonomi* 71, 1968, S. 147–173. Vgl. auch AIGNER, Dietrich: *Das Ringen um England. Das deutsch-britische Verhältnis. Die öffentliche Meinung 1933–1939. Tragödie zweier Völker*, München und Esslingen 1969, S. 344.

¹⁰ Der britische Botschafter in Paris, Phipps, über Gespräch mit Außenminister Bonnet am 15. 3. 1939, *Documents on British Foreign Policy 1919–1939*, Serie III, Bd. 4 (künftig zitiert: DBFP, III 4), No. 270, S. 263. Vgl. ebd. No. 268, S. 261 f. über die Einschätzung der rumänischen Situation durch den französischen Generalstab.

¹¹ DBFP, III 4, No. 389, S. 360 f.; No. 395, S. 366 f. Siehe auch das unveröffentlichte Telegramm Außenminister Gafencus an Tilea vom 17. 3. 1939, das aus den rumänischen Akten angeführt wird bei MOISUC, Viorica, *Orientations dans la politique extérieure de la Roumanie après le pacte de Munich*, in: *Revue Roumaine d'Histoire* 5, 1966, S. 336, Anm. 36. Am 14. und 16. 3. 1939 hatte Tilea schon mit Beamten des Foreign Office gesprochen, sich aber mit dem allgemeinen Hinweis auf deutsche Ambitionen in Südosteuropa begnügt. DBFP, III 4, No. 297, S. 283 f.; No. 298, S. 284 f.

¹² Ebd. No. 389, S. 360 f.; No. 390, S. 361.

Kollegen lediglich, betonte jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit einer gemeinsamen Haltung, falls konkrete Schritte unternommen werden sollten¹³.

Tileas Information stellte sich als Falschmeldung heraus. Bereits am Nachmittag des 18. März lag ein Dementi aus Bukarest vor, das eine unmittelbare Bedrohung Rumäniens ausschloß¹⁴. Hier interessieren weniger die Hintergründe der Tilea-Affäre, die noch nicht zweifelsfrei geklärt sind¹⁵, als die Tatsache, daß die britische Regierung umfangreiche diplomatische Sondierungen unternahm, die ermitteln sollten, welche Regierungen zusammen mit Großbritannien gewillt waren, sich einer weiteren deutschen Aggression entgegenzustellen. Die »mysteriöse Affäre«¹⁶ um Tileas Demarche gab nur den Anstoß, stellte aber nicht die Ursache für die folgende Aktivität der britischen Diplomatie dar. Halifax plädierte dafür, unabhängig von Tileas Informationen, die der sich auf private Quellen aus der rumänischen Wirtschaft berufende Gesandte im

¹³ Ebd. No. 388, S. 360.

¹⁴ Ebd. No. 397, S. 369; No. 399, S. 369 f. Zur deutschen Rumänienpolitik, insbesondere zum deutsch-rumänischen Handelsabkommen vom 23. 3. 1939 vgl. BROZAT, Martin, Deutschland–Ungarn–Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938–1941, in: Historische Zeitschrift 206, 1968, S. 71 f.

¹⁵ Der Auffassung, die schon der britische Gesandte in Bukarest vertrat (DBFP, III 4, No. 443, S. 399) und der auch das britische Kabinett zuneigte (Kabinettsitzung vom 22. 3. 1939, Public Record Office London – künftig zitiert: PRO –, CAB 23/98), Tilea habe von König Carol Anweisungen erhalten, die englische Aufmerksamkeit auf Südosteuropa zu lenken, und dabei die Lage übertrieben dramatisch dargestellt, König Carol selbst habe also Tileas Schritt in irgendeiner Form angeregt (so HILLGRUBER, Andreas: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944, 2. Aufl. Wiesbaden 1965, S. 35), steht die Meinung gegenüber, Tilea sei das Werkzeug einer einflußreichen innerbritischen Opposition gegen die Politik der Regierung gewesen, die zu stärkerem Widerstand gegen Deutschland veranlaßt werden sollte. Diese auf mancherlei Konjekturen basierende These vertritt AIGNER (wie Anm. 9) S. 345. Tatsächlich dürften beide Auffassungen verschiedene Seiten derselben Sache widerspiegeln. Die rumänische Führung hatte ein eindeutiges Interesse daran, die britische Aufmerksamkeit auf ihr Land zu lenken (vgl. dazu CHANADY, A. und JENSEN, J., Germany, Rumania and the British Guarantees of March-April 1939, in: Australian Journal of Politics and History 16, 1970, S. 214 ff.). Die innenpolitische Opposition in England drängte selbstverständlich darauf, den status quo zu sichern, und wollte die Regierung hindern, Hitler weiteren Spielraum zu geben. Es kann jedoch nicht bewiesen werden, daß sie zu diesem Zweck eine konspirative Intrige in Gang setzte.

¹⁶ So eine Tagebucheintragung von Halifax' Privatsekretär Harvey am 18. 3. 1939. The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940. Hg. v. John HARVEY, London 1970, S. 263. Dort auch weitere Angaben über Tileas Kontakte mit britischen Politikern. Vgl. ferner das Tagebuch von Channon, der konservativer Abgeordneter und parlamentarischer Privatsekretär des Under-Secretary of State for Foreign Affairs, R. A. Butler, war: Chips. The Diaries of Sir Henry Channon. Hg. v. R. R. JAMES, London 1967, S. 186 f.

übrigen nicht zurücknahm¹⁷, in Beratungen über Maßnahmen für den denkbaren Fall einer tatsächlichen Bedrohung des ökonomisch und strategisch wichtigen Rumänien einzutreten¹⁸.

Im britischen Kabinett gingen die Meinungen auseinander, welcher osteuropäischen Macht besondere Bedeutung bei der Verteidigungsplanung für Rumänien zukomme. Während im Urteil Premierminister Chamberlains Polen die Schlüsselstellung einnahm, sahen andere Kabinettsmitglieder wie Kriegsminister Hore-Belisha und Gesundheitsminister Elliot Gespräche mit der Sowjetunion als vorrangig an¹⁹. Zumindest vorübergehend gelangten diese Meinungsverschiedenheiten zum Ausgleich, als Chamberlain selbst den Plan einer Viermächteerklärung entwickelte, die Großbritannien, Frankreich, Polen und die Sowjetunion unterzeichnen sollten und die Konsultationen dieser Mächte vorsah, wie einer möglichen Bedrohung der Unabhängigkeit eines europäischen Staates begegnet werden könnte²⁰. Nur Frankreich stimmte vorbehaltlos der geplanten Erklärung zu²¹. Die UdSSR wollte unter der Bedingung unterzeichnen, daß auch Polen und Frankreich ihr Einverständnis erklärten²². Schwierigkeiten ergaben sich aus Einwänden Polens gegen eine gemeinsame Erklärung mit der Sowjetunion. Polen müsse bei seiner Mittelstellung zwischen Deutschland und der UdSSR eine Gleichgewichtspolitik gegenüber beiden Staaten verfolgen und daher jedes öffentliche Paktieren mit Moskau ablehnen. Eine polnisch-sowjetische Annäherung müßte verheerende Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis haben²³. Am 24. März lag die definitiv negative Antwort der polnischen Regierung vor, die gleichzeitig ein zweiseitiges britisch-polnisches Abkommen vorschlug, das densel-

¹⁷ Aufzeichnung Cadogans, des Permanent Under-Secretary im Foreign Office, über Gespräch mit Tilea vom 18. 3. 1939, PRO, FO 371/23060. Ferner Brief Lord Lloyds an Halifax vom 20. 3. 1939, PRO, FO 371/23062. Tilea meinte Lord Lloyd gegenüber, die deutsche Regierung habe nach Bekanntwerden ihrer ultimativen Forderungen einen Rückzieher gemacht.

¹⁸ Kabinettsitzung vom 18. 3. 1939, PRO, CAB 23/98. Über die Bedeutung Rumäniens vgl. ein in dieser Kabinettsitzung vorgelegtes Memorandum der Generalstabschefs vom 18. 3. 1939, PRO, CAB 53/10.

¹⁹ Kabinettsitzung vom 18. 3. 1939, PRO, CAB 23/98.

²⁰ DBFP, III 4, No. 446, S. 400 (20. 3. 1939). FEILING, Keith: *The Life of Neville Chamberlain*, London 1946, S. 401.

²¹ DBFP, III 4, No. 483, S. 457.

²² Ebd. No. 490, S. 467.

²³ Aufzeichnung Halifax' über Gespräch mit dem polnischen Botschafter in London vom 21. 3. 1939, edb. No. 471, S. 436. Vgl. dazu ebd. No. 459, S. 428; No. 465, S. 431 f.; No. 479, S. 453; No. 485, S. 463; No. 496, S. 473; No. 498, S. 477. Zur polnischen Politik des Gleichgewichts zwischen Deutschland und der UdSSR vgl. BUDUROWYCZ, Bohdan B.: *Polish-Soviet Relations 1932-1939*, New York und London 1963, S. 73 ff. und LIPSKI, Jozef: *Diplomat in Berlin 1933-1939*, New York und London 1968, S. 406, 427.

ben Inhalt wie die ursprüngliche Viermächteerklärung haben, aber geheim bleiben sollte²⁴. Damit war der britische Plan gescheitert. Polen und die Sowjetunion ließen sich nicht zu einer gemeinsamen Front vereinigen. Gleichzeitig jedoch erkannte die britische Regierung klar, daß jede Maßnahme der Westmächte zugunsten Rumäniens – und davon geht die ganze Überlegungsreihe ja aus – politisch und vor allem militärisch wertlos wäre, wenn keine Unterstützung wenigstens von einer der stärksten Mächte an der Ostflanke Deutschlands erlangt werden konnte. In London und Paris stand man also vor der Alternative: Polen oder UdSSR?

Die Entscheidung war bereits während der britisch-französischen Besprechungen am 21. und 22. März gefallen, als der weitere Kurs der westlichen Osteuropa-Politik festgelegt und das Problem der antisowjetischen Einstellung Polens erörtert wurde. Zwar betonte Lord Halifax, man sollte es möglichst vermeiden, der sowjetischen Regierung nach dem Ausschluß der UdSSR von der europäischen Politik während der Sudetenkrise 1938 von neuem das Gefühl des Isoliertseins zu geben. Er konnte jedoch nicht an dem Einwand Chamberlains vorbeigehen, der die polnischen Bedenken gegen Maßnahmen anerkannte, bei denen eine sowjetische Beteiligung vorgesehen war. Die Konferenz gab schließlich Polen, dessen Bündniswert zudem insgesamt höher als der sowjetische eingeschätzt wurde²⁵, den Vorrang bei der Schaffung eines Sicherheitssystems in Osteuropa²⁶.

Dies fand seine Bestätigung am 27. März durch eine auch von der französischen Regierung gebilligte Entscheidung des außenpolitischen Kabinettsausschusses in London. Die polnische Unterstützung bei der Sicherung der rumänischen Unabhängigkeit sollte mit einer Defensivallianz zwischen Großbritannien, Frankreich, Polen und Rumänien sichergestellt werden. Unter der Voraussetzung, daß Polen oder Rumänien einer Bedrohung ihrer Unabhängigkeit Widerstand leisten und die Westmächte über alle Phasen einer solchen Entwicklung vollständig informieren würden, erklärten sich Großbritannien und Frankreich zu einer Garantie Polens und Rumäniens bereit. In Verhandlungen mit Warschau wollte man erreichen, daß Polen sich sowohl zum Beistand für Rumänien als auch für

²⁴ DBFP, III 4, No. 518, S. 500 ff. Bezeichnend für die polnische Haltung die Stellungnahme des polnischen Botschafters in Frankreich. LUKASIEWICZ, Juliusz: *Diplomat in Paris 1936–1939*, New York und London 1970, S. 180 ff.

²⁵ Halifax während der Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 27. 3. 1939, PRO, CAB 27/624. Vgl. HARVEY (wie Anm. 16) S. 272; TEMPLEWOOD, Viscount (Samuel Hoare): *Nine Troubled Years*, London 1954, S. 344. Zur Geringschätzung des sowjetischen Militärpotentials (bedingt vor allem durch die Stalinistischen Säuberungen) vgl. NIEDHART, Gottfried: *Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939*, München 1972, S. 52 ff.

²⁶ DBFP, III 4, No. 484, S. 458 ff.

die Westmächte im Falle eines westeuropäischen Krieges verpflichtete²⁷. Doch bevor noch die Gespräche darüber beginnen konnten, überstürzte sich die Entwicklung abermals durch eine Falschmeldung. Der Berliner Korrespondent des »News Chronicle«, Ian Colvin, überbrachte im *Foreign Office* am 29. 3. die Mitteilung, ein deutscher Schlag gegen Polen stehe unmittelbar bevor. Damit war das eben noch als Garantiemacht für Rumänien vorgesehene Polen selbst zum Bedrohten geworden. Hitler schien – was tatsächlich nicht zutraf, wie wir heute wissen – einen abermaligen Handstreich durchführen zu wollen. Um ihn davon abzuschrecken, entschlossen sich Chamberlain und Halifax, obwohl sie nicht vollständig von der Richtigkeit der vorliegenden Meldungen überzeugt waren und der Premierminister sie sogar bezweifelte, zu einer als Zwischenlösung verstandenen kurzfristigen Garantie für Polen, die am nächsten Tag vom Kabinett gebilligt wurde²⁸. Auch Paris stimmte trotz fehlender Bestätigung der Gerüchte über unmittelbar bevorstehende Pressionen gegen Polen der Garantieerklärung zu²⁹, die Chamberlain am 31. März im Unterhaus verlas. Bedeutsam erscheint Chamberlains Hinweis zu Beginn seiner Erklärung, Gerüchte über einen deutschen Angriff auf Polen seien ohne Bestätigung geblieben. Ferner unterstrich er die Generallinie seiner Politik, die für die Lösung von Konflikten auf dem Verhandlungsweg eintrete. Er schloß also auch zukünftige Verhandlungen nicht aus. Erst danach formulierte er das britisch-französische Hilfeleistungsverprechen für Polen, das in Kraft treten sollte, wenn die polnische Unabhängigkeit zweifelsfrei bedroht wäre (*clearly threatened*) und die polnische Regierung folglich militärischen Widerstand leisten würde³⁰.

Großbritannien und Frankreich: Solidarität der Interessen

Dem zeitgenössischen Beobachter, namentlich in Deutschland, mochte diese Politik als Sieg der seit dem Ende des Ersten Weltkriegs betriebenen französischen Osteuropapolitik über britische Auffassungen erscheinen. Während Frankreich nach 1919, dem Zauberwort *sécurité* folgend, den in den Pariser Vorortverträgen fixierten *status quo* zementieren wollte

²⁷ Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 27. 3. 1939, PRO, CAB 27/624. Vgl. DBFP, III 4, No. 538, S. 515 ff.

²⁸ Kabinettsitzung 30. 3. 1939 (PRO, CAB 23/98) und Sitzungen des Committee on Foreign Policy 30. und 31. 3. 1939 (PRO, CAB 27/624); COLVIN, Ian, *Why Churchill told me: »You started the War . . .«*, in: *Sunday Express* vom 8. 11. 1953.

²⁹ DBFP, III 4, No. 574, S. 549.

³⁰ *Parliamentary Debates. House of Commons*, Bd. 345, Sp. 2415.

und in Osteuropa und Südosteuropa ein Bündnissystem gegen das potentiell stärkere Deutschland aufbaute³¹, plädierte Großbritannien für die beweglichere Politik des *peaceful change* und vermied jegliche Verpflichtung vor allem in Osteuropa. Die französische Konzeption erlebte ihren endgültigen Zusammenbruch 1936 mit der Remilitarisierung des Rheinlands, als Großbritannien in der Hoffnung, mit Hitler langfristig zu einem *general settlement* zu kommen, der deutschen Revisionspolitik keinen Widerstand entgegensetzte. Gleichzeitig verstärkte sich im innenpolitisch zusehends instabiler werdenden Frankreich die Tendenz zur bewegungslosen Defensivstellung hinter der Maginotlinie. Die außenpolitische Immobilität führte seit 1936 zu verstärkter Abhängigkeit von Großbritannien³². Dadurch wurde das französische Bündnissystem von London abhängig und praktisch wertlos. Über das Schicksal der mit Frankreich verbündeten Tschechoslowakei entschied die britische Regierung und nicht das zum »Dominionstatus«³³ abgesunkene Frankreich. *Tout va dépendre des Anglais, nous ne pouvons donc que les suivre*, charakterisierte der französische Ministerpräsident Daladier während der Münchener Konferenz die Situation³⁴. Nach dem deutschen Einmarsch in Prag erschöpfte sich die französische Rolle in der bloßen Zustimmung zu britischen Vorschlägen³⁵, die freilich mit den Grundsätzen französischer Osteuropapolitik übereinzustimmen schienen. Wie ist diese Annäherung der Standpunkte zu erklären? Und: war es tatsächlich eine Annäherung, paßte sich die britische Politik wirklich französischen Prinzipien an?

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die britische Regierung trotz vorhandener Gegensätze im außenpolitischen *Approach*, die sich in der

³¹ Dazu WANDYCYZ, Piotr S.: *France and her Eastern Allies 1919–1925*, Minneapolis 1962 und SCOTT, Williams E.: *Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact*, Durham, N. C. 1962.

³² Dazu JOLL, James (Hrsg.): *The Decline of the Third Republic*, London 1959 und D'HOOP, Jean Marie, Frankreichs Reaktion auf Hitlers Außenpolitik 1933–1939, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 15, 1964, S. 220. Zu den innenpolitischen Bedingungen dieser außenpolitischen Lage Frankreichs vgl. SAUVY, Alfred: *Histoire économique de la France entre les deux guerres*, Bd. 2, Paris 1967; KEMP, Tom, *Aspects of French Capitalism between the Wars*, in: *Science and Society* 33, 1969, S. 1–20; DUPEUX, Georges: *La société française 1789–1960*, Paris 1964.

³³ So MICAUD, Charles A.: *The French Right and Nazi Germany 1933–1939*, Durham 1943, S. 97 f. Vgl. dazu weiter ALBRECHT-CARRIÉ, René: *France, Europe and the two World Wars*, Genf–Paris 1960, S. 299 ff. und SCHELER, Eberhard: *Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zur Zeit der aktiven Außenpolitik Hitlers, Ende 1937 bis zum Kriegsausbruch*, Diss. Würzburg 1962, *passim*.

³⁴ STEHLIN, Paul: *Témoignage pour l'histoire*, Paris 1964, S. 101. Vgl. Phipps an Foreign Office, 12. 10. 1938, DBFP, III 3, No. 187, S. 158.

³⁵ Siehe dazu die heftige Kritik an der untergeordneten Stellung Frankreichs bei der Formulierung der Garantieerklärung für Polen bei MONTIGNY, Jean: *Le complot contre la paix 1935–1939*, Paris 1966, S. 231 f.

Deutschlandpolitik beider Länder konkret auswirkten³⁶, nie daran dachte, die als notwendig erachtete Basis der britisch-französischen Kooperation in den grundlegenden Fragen der Europapolitik aufzugeben. Das unmittelbare britische Interesse an der politischen Integrität der Gebiete westlich des Rheins gebot die Aufrechterhaltung der Entente mit Frankreich. Wie auch immer Großbritannien auf die französische Bündnispolitik zwischen den Weltkriegen reagieren mochte, nie konnte es sich um der eigenen Sicherheit willen am Kontinent – auch an seinen östlichen Gebieten, wo Frankreich Bündnisverpflichtungen hatte – desinteressieren, nie hätte es einer eventuellen französischen Niederlage im Kriegsfall unbeteiligt zusehen können. Die britische Außenpolitik war also gezwungen, einen Mittelweg zu finden, der den Ausgleich mit Deutschland ermöglichte, und zugleich die französischen Interessen in Osteuropa beachtete. Darum wurde nach dem Münchener Abkommen, das nach der Meinung von Lord Halifax die bisher von Frankreich in Mittel- und Osteuropa eingenommene »unwirkliche Position« beseitigte³⁷, die französische Regierung auch nicht aufgefordert, den politisch toten Beistandspakt mit der Sowjetunion formell aufzukündigen. Frankreich durfte nicht desavouiert und damit in die Arme Deutschlands getrieben werden³⁸, weil dann ein wesentlicher Faktor in der britischen Europapolitik verloren und das für Großbritannien so wichtige französisch-belgisch-niederländische Glacis eingebüßt wäre. Mit Recht hat daher Chamberlain von der »Solidarität der Interessen« Großbritanniens und Frankreichs gesprochen³⁹. Aus britischer Perspektive waren die vitalen nationalen Interessen der Westmächte, die durch die britisch-französische Vorherrschaft in Westeuropa, die Präsenz im Mittelmeerraum, die gesicherte Herrschaft in den überseeischen Besitzungen und die Aufrechterhaltung der imperialen Verbindungswege bezeichnet sind, bis zum Jahre 1938 von deutscher Seite nicht direkt bedroht. Das Münchener Abkommen schien sogar den Weg zu Wirtschaftsabkommen, Rüstungsbegrenzungen und einer Lösung der Kolonialfrage und damit zu einer gegenseitigen Abgrenzung der Interessensphären in einem *general settlement* geebnet zu haben. Doch zeigte

³⁶ Dazu immer noch grundlegend WOLFERS, Arnold: *Britain and France between two Wars. Conflicting Strategies of Peace since Versailles*, New York 1940 (Nachdruck Hamden, Conn. 1963).

³⁷ Halifax an Phipps, 1. 11. 1938, DBFP, III 3, No. 285, S. 251.

³⁸ Befürchtungen, Frankreich könnte in eine defätistische Politik verfallen und mit Deutschland kollaborieren, äußerte Halifax ebd. S. 252. Über britische Geheimdienstberichte in dieser Richtung vgl. WINTERBOTHAM, F. W.: *Secret and Personal*, London 1969, S. 131, 133.

³⁹ Chamberlain am 6. 2. 1939 im Unterhaus: *The solidarity of interest by which France and this country are united, is such that any threat to the vital interests of France from whatever quarter it came must evoke the immediate cooperation of this country*. *Parliamentary Debates*, Bd. 343, Sp. 623.

sich alsbald, wie trügerisch diese Hoffnung war. Zwar kam es zu Vereinbarungen auf wirtschaftlichem Sektor. Frankreich glaubte, durch wirtschaftliches Entgegenkommen einer innenpolitischen Krise in Deutschland und daraus resultierenden außenpolitischen Verzweiflungsakten vorbeugen zu können. Bei den deutsch-französischen Gesprächen am 6. Dezember 1938 in Paris erörterte man Vorschläge zur Steigerung des gegenseitigen Handelsverkehrs⁴⁰. Auch britisch-deutsche Wirtschaftsverhandlungen erbrachten konkrete Ergebnisse wie Preis- und Marktabsprachen⁴¹. Doch kurz vor dem geplanten und dann abgesagten Berlinbesuch der Minister Stanley und Hudson⁴² enttäuschte die Besetzung der Tschechoslowakei britische Erwartungen, *daß offizielle Besprechungen über wirtschaftliche Befriedung nicht allein stehen könnten, sondern daß sie in den größeren Rahmen einer allgemeinen politischen Befriedung gehörten*⁴³.

Zweifel in die Realisierungschancen dieser Befriedung äußerte Lord Halifax bereits am 1. November 1938 in einer Analyse der weltpolitischen Situation, die seine Skepsis über die Friedensaussichten der bevorstehenden Entwicklung zum Ausdruck bringt⁴⁴. Nach der Rede Hitlers in Saarbrücken am 9. Oktober 1938⁴⁵ ließ sich deutlich erkennen, daß das Münchener Abkommen Europa dem Ziel des *general settlement* nicht näher gebracht hatte⁴⁶. Vielmehr setzte Hitler die Aufrüstung unvermindert fort. Nach wie vor hielt er an seiner Drohpolitik fest⁴⁷. Die britische Regierung befand sich in einer tiefgreifenden Unsicherheit über die Ziele der deutschen Außenpolitik. Wie würde sich das Kräfteverhältnis

⁴⁰ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 4 (künftig zitiert: ADAP, D 4), Nr. 371, S. 416 ff.

⁴¹ Zu den deutsch-britischen Wirtschaftsverhandlungen nach der Münchener Konferenz vgl. DIRKSEN, Herbert von: Moskau-Tokio-London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919-1939, Stuttgart 1949, S. 237 ff. Siehe zu einzelnen Punkten ADAP, D 4, Nr. 303, S. 343; Nr. 304, S. 344; Nr. 306, S. 346; Nr. 331, S. 373. Generell zu dem ganzen Komplex WENDT, Bernd Jürgen: Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933-1939, Düsseldorf 1971.

⁴² Handelsminister bzw. Minister für den Überseehandel.

⁴³ Leith-Ross, Chief Economic Adviser der britischen Regierung, zu Rüter (Auswärtiges Amt), 10. 11. 1938, ADAP, D 4, N. 267, S. 287.

⁴⁴ DBFP, III 3, No. 285, S. 253.

⁴⁵ DOMARUS, Max (Hrsg.): Hitler. Reden und Proklamationen 1932-45, Bd. 1, München 1965, S. 954 ff.

⁴⁶ Zum amerikanischen Botschafter bemerkte Halifax am 28. 10. 1938: ... *after all Munich has not accomplished very much*. Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (künftig zitiert: FRUS) 1938, Bd. 1, S. 96.

⁴⁷ Dies konstatierte in einem Brief an Halifax vom 12. 10. 1938 selbst Henderson, britischer Botschafter in Berlin, der sonst die Aussichten für eine friedliche Lösung stärker unterstrich. DBFP, III 3, Appendix I, S. 616 f.

von Gemäßigten und Extremisten in Hitlers Umgebung gestalten⁴⁸? Ende 1938 war die Krisenstimmung soweit fortgeschritten, daß es nicht mehr um die Frage ging, ob Hitler Revision oder Expansion wolle, sondern um das Problem, in welche Richtung eine weitere Ausdehnung des deutschen Machtbereichs gehen würde: nach Osten oder nach Westen⁴⁹? Damit freilich war ein qualitativ neuer Punkt erreicht. Die bisherige Annahme, die deutschen Ziele lägen ausschließlich im Osten, geriet endgültig ins Wanken, als im Januar 1939 zahlreiche Gerüchte auftauchten, Hitler plane einen Angriff im Westen⁵⁰. Am 19. 1. 1939 leitete Lord Halifax dem außenpolitischen Kabinettsausschuß ein umfangreiches Dossier zu, nach dessen Lektüre die Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Belgien, die Niederlande, die Schweiz oder gar Großbritannien selbst nicht ausgeschlossen werden konnte⁵¹. Die Entlassung Schachts als Reichsbankpräsident schien daraufhinzudeuten, daß die einen Krieg befürwortenden Extremisten in Deutschland an Boden gewannen⁵². Die Regierung war sich klar darüber, daß eine deutsche Westexpansion – beispielsweise ein Angriff auf die Niederlande – den sofortigen britischen Kriegseintritt zur Folge haben müßte⁵³. Entscheidend für den vorliegenden Gegenstand ist nicht, ob Hitler tatsächlich Angriffspläne in Westeuropa hatte, sondern, daß seine Pläne für die britische Regierung unkalkulierbarer denn je erschienen. Hitler folgte offenbar einem zutiefst undurchschaubaren und irrationalen Prinzip, während in London die Friedenssicherung aus wohlverstandenen nationalen Interesse als einzig vernünftiges Ziel vor Augen stand.

In dieser Atmosphäre der Unsicherheit, die durch die italienischen Forderungen gegenüber Frankreich und erneute japanische Vorstöße in China noch verstärkt wurde, genügten zwei Falschmeldungen, um die Diplomatie der Westmächte in raschere Bewegung zu versetzen und in einer aufsehenerregenden Erklärung die Unabhängigkeit Polens zu garantie-

⁴⁸ Siehe Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 14. 11. 1938, PRO, CAB 27/624.

⁴⁹ HARVEY (wie Anm. 16) S. 232 (Eintragung vom 25. 12. 1938).

⁵⁰ Umfangreiches Material dazu in den Akten des Foreign Office: PRO, FO 371/22961, 22962, 22964.

⁵¹ PRO, CAB 27/627. Vgl. DBFP, III 4, No. 5, S. 4 ff. und Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 23. 1. 1939, PRO, CAB 27/624.

⁵² Sitzungen des Committee on Foreign Policy vom 23. 1. 1939 (PRO, CAB 27/624) und des Kabinetts vom 25. 1. 1939 (PRO, CAB 23/97). Diese pessimistische Einschätzung der deutschen Politik wurde nur kurzfristig im Februar und Anfang März von der Erwartung einer deutschen Stillhaltepolitik unterbrochen. Notiz Chamberlains vom 19. 2. 1939, FEILING (wie Anm. 20) S. 396; Halifax im Kabinett am 8. 3. 1939, PRO, CAB 23/97.

⁵³ Committee on Foreign Policy, 26. 1. 1939, PRO, CAB 27/624. Vgl. auch DBFP, III 4, No. 40, S. 40.

ren. Im November 1938 noch hatte Halifax vorausgesagt, Polen werde im deutschen Machtbereich aufgesaugt werden. Dies schien den britischen Außenminister nicht zu beunruhigen, denn: *Henceforward we must count with German predominance in Central Europe. Incidentally I have always felt myself that, once Germany recovered her normal strength, this predominance was inevitable for obvious geographical and economic reasons*⁵⁴. Inzwischen aber sah man in den westlichen Hauptstädten die eigene Interessensphäre bedroht. Ein deutscher Vorstoß nach Südosteuropa allein konnte schon als Bedrohung empfunden werden, wenn er den Meerengen und damit dem Mittelmeer als imperialem Verbindungsglied zu nahe kam⁵⁵. Namentlich die französische Regierung wies darauf hin, welche Folgen die drohende deutsche Hegemonie haben müßte⁵⁶. Im Unterschied zum Herbst 1938 befürchtete man jedoch nun, Deutschland könnte nach der Unterwerfung Mittel- und Südosteuropas die westeuropäischen Mächte angreifen⁵⁷. Darum galt die Garantie in einem realen Sinn auch gar nicht Polen oder Rumänien, die Großbritannien und Frankreich – so wurde deutlich gesehen – im Ernstfall doch nicht vor einer deutschen Invasion schützen konnten⁵⁸. Die einzig relevante Frage lautete, wie der deutsche Versuch, Europa zu beherrschen⁵⁹, wie das die britisch-französische Sicherheit gefährdende Verlangen nach Weltherrschaft⁶⁰ eingedämmt, nicht, ob Polen oder Rumänien sofortige direkte Hilfe geleistet werden konnte⁶¹. Die Garantie erfolgte also ursprünglich nicht im Sinne einer kollektiven Sicherheitspolitik, sondern »einzig und allein aus Selbstschutz«⁶². Daraus aber ist die Folgerung zu ziehen, daß das britische Engagement im östlichen Europa in dem Maß zurückgehen

⁵⁴ Halifax an Phipps, 1. 11. 1938, DBFP, III 3, No. 285, S. 252. Die Äußerung über Polen ebd. 253.

⁵⁵ Siehe auch oben Anm. 18.

⁵⁶ Note an die britische Regierung vom 20. 3. 1939, DBFP, III 4, No. 451, S. 410.

⁵⁷ DBFP, III 4, No. 549, S. 526. Diese Analyse der Situation wurde auch den Dominions mitgeteilt und trug wesentlich dazu bei, daß bis zum 4. 4. 1939 Kanada, Australien und Neuseeland positiv auf die Garantie für Polen reagierten. PRO, FO 371/23016. Vgl. auch WOOD, F. L. W.: *The New Zealand People at War. Political and External Affairs*, Wellington 1958, S. 94.

⁵⁸ Committee on Foreign Policy, 27. 3. 1939, PRO, CAB 27/624.

⁵⁹ HARVEY (wie Anm. 16) S. 267 (22. 3. 1939).

⁶⁰ Chamberlain im Committee on Foreign Policy am 27. 3. 1939, PRO, CAB 27/624.

⁶¹ Britisch-französische Besprechungen vom 21. 3. 1939, DBFP, III 4, No. 458, S. 427.

⁶² Halifax zu Adam von Trott zu Solz im Juni 1939, ADAP, D 6, Nr. 497, S. 563. So auch Chamberlain im Committee on Foreign Policy am 13. 6. 1939, PRO, CAB 27/625. Ähnlich auch Chamberlain in der Kabinettsitzung vom 20. 3. 1939: *The real issue was that if Germany showed signs that she intended to proceed with her march for world domination we must take steps to stop her by attacking her on two fronts. We should attack Germany, not in order to save a particular victim, but in order to pull down the bully*. PRO, CAB 23/98. Hervorhebung nicht im Original.

würde, wie die westliche Sicherheit wiederhergestellt wäre. Es ging nicht in erster Linie um Polen, sondern um die Sicherung der eigenen nationalen Interessen.

Nur bedingt im Kalkül: USA und UdSSR

Als das britische Kabinett über die Rolle der UdSSR in den bevorstehenden Bemühungen um eine Stabilisierung der internationalen Lage diskutierte, stand unausgesprochen die Frage zur Debatte, ob prinzipiell an der Konzeption festgehalten werden sollte, die das Zusammenwirken der »großen Mächte Westeuropas«⁶³ als fundamentale Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens ansah. Im Konzert der Großmächte Europas, das Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien bilden sollten und aus dem die »asiatische« Sowjetunion⁶⁴ nach der Oktoberrevolution ausgeschieden war, erblickte man die Basis für ein *general scheme of appeasement in Europe*⁶⁵. Statt von vornherein alle Akteure der internationalen Diplomatie einzubeziehen, bevorzugte die britische Regierung die Viermächte-Diplomatie, die 1938 in München ihren Höhepunkt erlebte. »München« war noch einmal eine Manifestation des europäischen Mächtekonzerts. Ein letztes Mal blieben die Europäer unter sich in der Meinung, sie machten Weltpolitik. Da britische Politiker glaubten, Europa, wie sie den Begriff verstanden, sei zur Bereinigung seiner inneren Konflikte aus eigener Kraft in der Lage und könne dadurch weiterhin eine ausschlaggebende Rolle in der Weltpolitik spielen, schienen die USA und die UdSSR für eine europäische Friedensordnung nicht relevant zu sein. Die beiden künftigen Weltmächte fehlten am Konferenztisch, als die Sudetenkrise bereinigt wurde. Erst als die in das Münchener Abkommen gesetzten Erwartungen trogen, erfolgte eine stärkere Einbeziehung der »Flügelmächte« in die europäische Politik.

Freilich kam im Fall der USA hinzu, daß sie im Gegensatz zur UdSSR, die Anlehnung an die Westmächte gegen die faschistische Bedrohung suchten, ganz bewußt und jede außeramerikanische politisch-militärische

⁶³ Eden am 18. 3. 1936 vor der Völkerbundsversammlung. League of Nations, Official Journal 17, 1936, S. 327.

⁶⁴ Chamberlain am 21. 2. 1938 im Unterhaus: *After all, Russia is partly European but partly Asiatic*. Parliamentary Debates. House of Commons, Bd. 332, Sp. 154. Noch deutlicher der britische Botschaftsrat in Moskau, Vereker, am 16. 5. 1938: *We must not, however, forget that the Russians were Asiatics, more so now than at any period since the time of Peter the Great, and that with the present Byzantine régime in the Kremlin anything might happen*. DBFP, III, 1, No. 222, S. 307.

⁶⁵ Chamberlain am 21. 2. 1938 im Unterhaus (wie Anm. 64) Sp. 54.

Verwicklung scheuend außerhalb des »inneren Kreises«⁶⁶ der in München vertretenen Mächte blieben. Diese Tatsache ließ verantwortliche Politiker in Großbritannien auch weniger als französische Regierungsvertreter⁶⁷ an amerikanische Hilfe glauben⁶⁸. Im Oktober 1938 sah Chamberlain die USA in vollständiger Isolierung⁶⁹. Auch das viel beachtete anglo-amerikanische Handelsabkommen vom November 1938 entbehrte weiterführender politischer Auswirkungen, mit denen Chamberlain auch nicht gerechnet hatte⁷⁰. Gleichwohl kam es im Januar 1939, als die Gerüchte über einen bevorstehenden deutschen Angriff im Westen die britische Regierung verunsicherten, zu Konsultationen mit Washington⁷¹. Doch sahen sich die Kritiker der amerikanischen Politik in London bestätigt, als Roosevelt vor falschen Hoffnungen auf Revision der Neutralitätsgesetze warnte. Er fühlte sich durch die isolationistische Grundstimmung in den USA zu sehr gebunden⁷². Dennoch stellten die Vereinigten Staaten für die britische Außenpolitik unzweifelhaft eine Sicherheitsgarantie dar. Dies galt insbesondere für den asiatischen Bereich, aber auch für Europa. Wenn auch primär das Ziel vor Augen stand, den Frieden Europas durch Verhandlungen mit den revisionistischen Mächten zu sichern und dadurch nicht gezwungen zu sein, die USA nach Europa hereinzuholen⁷³, so nahm der Faktor Amerika 1939 doch an Ge-

⁶⁶ Damit waren im Sprachgebrauch des Foreign Office Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien gemeint. KIRKPATRICK, Ivone: *The Inner Circle. Memoirs*, London 1959, S. X.

⁶⁷ Vgl. zu dieser Frage HAIGHT, John M., *France and the Aftermath of Roosevelt's Quarantine Speech*, in: *World Politics* 14, 1961/62, S. 283–306; ders., *France, the United States, and the Munich Crisis*, in: *Journal of Modern History* 32, 1960, S. 340–538; RATLIFF, Ann, *Les relations diplomatiques entre la France et les Etats-Unis du 29 septembre 1938 au 16 juin 1940*, in: *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale* 19, 1969, Nr 75, S. 1–40.

⁶⁸ Bezeichnend eine Notiz Cadogans vom 21. 9. 1938: *Pray God we shall never have to depend on the Soviet, or Poland or – the U. S.* PRO, FO 371/22276.

⁶⁹ Chamberlain zum König am 19. 10. 1938: *The USA must be left alone. They will never take a more active line if we preach at them.* WHEELER-BENNETT, John W.: *King George VI. His Life and Reign*, London 1965, S. 357.

⁷⁰ Kabinettsitzung vom 19. 10. 1938, PRO, CAB 23/96. Vgl. auch KOTTMAN, Richard N.: *Reciprocity and the North Atlantic Triangle 1932–1938*, Ithaca, New York 1968, S. 227 ff.

⁷¹ Sitzung des Committee on Foreign Policy vom 23. 1. 1939, PRO, CAB 27/624.

⁷² DBFP, III 4, No. 28, S. 29. Zur amerikanischen Politik vgl. OFFNER, Arnold A.: *American Appeasement. United States Foreign Policy and Germany 1933–1938*, Cambridge, Mass. 1969 und DIEPES, Volker: *Die führenden Politiker der Vereinigten Staaten und die »Appeasement-Politik«*, Diss. Marburg 1969. Wichtig auch BELOFF, Max, *The Special Relationship: an Anglo-American Myth*, in: *A Century of Conflict 1850–1950. Essays for A. J. P. Taylor*, hrsg. v. M. GILBERT, London 1966, S. 151–171.

⁷³ Dies wird ganz deutlich im Januar 1938, als eine Initiative Roosevelts zurückgewiesen wurde, um die laufenden Kontakte zu Deutschland und Italien nicht zu gefährden. Siehe Chamberlain an Roosevelt, 14. 1. 1938, FRUS 1938, Bd. 1, S. 119. Vgl. LANGER, William L. und GLEASON, S. Everett: *The Challenge to Isolation. The World Crisis of 1937–1940 and American Foreign Policy*, Bd. 1, New York 1964, S. 26 ff.

wicht zu⁷⁴. Die britische Regierung müsse sich auch deswegen für Rumänien engagieren, meinte Lord Halifax nach Gesprächen mit dem amerikanischen Botschafter, um die öffentliche Meinung in den USA zur Unterstützung für Großbritannien bereiter zu machen. Untätigkeit auf Seiten der Westmächte würde nicht zuletzt in den USA einen Verlust an Glaubwürdigkeit bedeuten⁷⁵. Beratungen mit der Regierung in Washington über die Entscheidungen, die zur Garantie für Polen führten, fanden jedoch nicht statt⁷⁶.

Auch die Bewertung der Sowjetunion als Faktor in der internationalen Politik erfuhr in der Waffenstillstandszone zwischen »München« und »Prag« eine Überprüfung. Sir William Seeds, seit Januar 1939 neuer britischer Botschafter in Moskau, erhielt den Auftrag, das sowjetische Gefühl des Ausgeschlossenenseins zu überwinden und die britisch-sowjetischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Halifax wünschte engere Kontakte zur Sowjetunion⁷⁷, die sich – nicht zuletzt wohl wegen des Drängens der Opposition⁷⁸ – nach dem 15. 3. 1939 verstärkten. Doch war er weder bereit, auf sowjetische Vorschläge einzugehen, noch kam ein britisch-sowjetischer Beistandspakt in Betracht. In Übereinstimmung mit Frankreich lehnte Großbritannien einen sowjetischen Konferenzvorschlag mit wenig überzeugenden und diplomatisch ungeschickten Argumenten ab⁷⁹. Als die oben erwähnte Viermächteerklärung wegen polnischer Einwände gegen die sowjetische Teilnahme scheiterte, folgte die britische Regierung der polnischen Auffassung und versetzte – wie Strang im *Foreign Office*, wo von wenigen Ausnahmen abgesehen die Sowjetunion allgemein als unsicherer und undurchsichtiger Faktor galt⁸⁰, richtig be-

⁷⁴ Dazu Memorandum der Generalstabschefs vom 25. 1. 1939, PRO, CAB 27/627.

⁷⁵ Halifax im Committee on Foreign Policy am 27. 3. 1939, PRO, CAB 27/624. Vgl. DBFP, III 4, No. 416, S. 380; No. 517, S. 499.

⁷⁶ Die amerikanische Regierung wurde aber stets umfassend informiert. DBFP, III 4, No. 549, S. 526 ff.; No. 551, S. 528 ff.; No. 586, S. 555.

⁷⁷ Kabinettsitzung vom 8. 2. 1939, PRO, CAB 23/97; HARVEY (wie Anm. 16) S. 255 (17. 2. 1939).

⁷⁸ Vgl. etwa die Ausführungen des Labour-Abgeordneten D. R. Grenfell am 15. 3. 1939 im Unterhaus (Parliamentary Debates, Bd. 345, Sp. 449) oder den Leserbrief Robert Boothbys, der zur konservativen Opposition gehörte, im Daily Telegraph vom 16. 3. 1939.

⁷⁹ Die Sowjetunion hatte am 18. 3. 1939 eine sofortige Konferenz in Bukarest vorgeschlagen. DBFP, III 4, No. 421, S. 385. Dazu Halifax am 19. 3. 1939: *First, we could hardly in present circumstances manage to send a responsible Minister to take part in the conference, and, if this were not possible, the desired advantage in the way of quick decision would not, in fact, be obtained. Secondly, and perhaps more important, we thought, that to hold such a conference ... without a certainty that it would be successful was dangerous.* DBFP, III 4, No. 433, S. 392. Zu Bonnets Ablehnung des Konferenzvorschlags ebd. No. 458, S. 423.

⁸⁰ Minutes zu DBFP, III 4, No. 476, S. 448 von Roberts (28. 3. 1939), Strang (28. 3.) Oliphant (29. 3.), Collier (29. 3.) und Vansittart (31. 3.) PRO, FO 371/23061. Nur Collier und Vansittart neigten zu einer positiven Bewertung des Faktors UdSSR.

merkte – die UdSSR *in the second rank*⁸¹. Doch gerade in dieser Tatsache erblickte Chamberlain, der von tiefstem Mißtrauen gegen die sowjetische Politik durchdrungen war⁸², die Gewähr für die Bildung einer geschlossenen, weil in sich homogenen *front against German aggression*. Ihn störte wenig die zu erwartende Kritik der *Labour Party* am Ausschluß der Sowjetunion von der Friedenssicherung, wenn dafür die Einwände von antikommunistisch orientierten Ländern wie Polen, Rumänien, Finnland, Jugoslawien, Japan, Italien, Spanien oder Portugal ausgeräumt wurden⁸³. In diesem Punkt befand er sich in vollkommener Übereinstimmung mit dem französischen Außenminister Bonnet, der die sowjetischen Staatsmänner für »hinterlistig« und »unzuverlässig« hielt⁸⁴.

Anders aber als noch vor Jahresfrist dachte die britische Regierung jetzt nicht mehr an eine unverhüllte Ignorierung und Isolierung der Sowjetunion. Vielmehr sollte ihre Hilfe für den Ernstfall gesichert werden⁸⁵. So bemühte sich Halifax nach der Garantieerklärung für Polen auch, diesen Schritt nicht als Abwendung von der Sowjetunion erscheinen zu lassen⁸⁶. Chamberlain versicherte im Unterhaus, daß die Regierung mit anderen Staaten, »einschließlich natürlich« der Sowjetunion, in Verhandlungen stehe, daß sie engste Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wünsche und die bestehenden ideologischen Gegensätze kein Hindernis darstellten⁸⁷. Gleichwohl war deutlich geworden, daß sich die britische Politik ganz bewußt im Sinne einer Alternative wenn nicht gegen so doch ohne Moskau entschieden hatte⁸⁸. Es sollte vermieden werden, die europäische Politik mit Hilfe von außen zu stabilisieren, solange im Rahmen der Viermächtekonzeption noch Aussichten auf Realisierung eines *general settlement* bestanden, an die die britische Regierung auch 1939 glaubte. Solange Europa zu einem inneren Ausgleich seiner

⁸¹ Minute Strangs vom 28. 3. 1939, PRO FO 371/23061.

⁸² Notiz Chamberlains vom 26. 3. 1939, FEILING (wie Anm. 20) S. 403.

⁸³ Sitzungen des Committee on Foreign Policy vom 27. 3. 1939 (PRO, CAB 27/624) und des Kabinetts vom 29. 3. 1939 (PRO, CAB 23/98).

⁸⁴ Halifax in der Sitzung des Committee on Foreign Policy am 27. 3. 1939: *M. Bonnet, who of course had no love for Soviet Russia, thought that the Russians were very deceitful and unreliable, and would not in an emergency give much, if any, effective help. France seemed little interested in Russia . . .* PRO, CAB 27/624. Zu Bonnets Rußlandbild siehe BONNET, Georges: *Fin d'une Europe*, Genf 1948, S. 410 ff. und ders., *Le Quai d'Orsay sous trois Républiques 1870–1961*, Paris 1961, S. 166 f., 244 f., 283.

⁸⁵ Wie oben Anm. 83 und DBFP, III 4, No. 537, S. 515; No. 538, S. 516 f.

⁸⁶ Rede im Oberhaus am 3. 4. 1939, *Parliamentary Debates, House of Lords*, Bd. 112.

⁸⁷ *Parliamentary Debates, House of Commons*, Bd. 345, Sp. 2416 f. (31. 3. 1939).

⁸⁸ Daraus kann aber nicht gefolgert werden, wie JEDRUSZCZAK, Tadeusz, *La Pologne et la genèse de la deuxième guerre mondiale*, in: *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale* 20, 1970, No. 78, S. 12 es tut, daß die Sowjetunion als Köder für die deutsche Expansion dienen sollte. Zu dieser These der marxistischen Historiographie siehe NIEDHART (wie Anm. 25) S. 235 ff.

Konflikte fähig schien, blieben die UdSSR und die USA außerhalb des politischen Kalküls. Die traditionelle französische Allianzpolitik unter Einschluß der UdSSR konnte und wollte sich im März 1939 gegen britische Vorstellungen nicht durchsetzen. Danach sollte der von den revisionistischen Mächten bedrohte status quo durch begrenzte Machtverlagerung, über die sich die europäischen Großmächte zu einigen hätten, verändert, in seinem Kern aber erhalten bleiben. Die alte Weltmacht Großbritannien mußte klar voraussehen, daß eine Zuhilfenahme der »Flügelmächte« einen weiteren Gewichtsverlust für ihre ohnehin bedrohte Position darstellen würde. Ihre Außenpolitik stellte den mißglückten und nicht zuletzt wegen der Hegemonialpolitik Hitlers gescheiterten Versuch dar, das von den vier Großmächten Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien bestimmte Staatensystem gegenüber der revolutionären Ideologie der Sowjetunion und gegenüber dem überlegenen Potential des bürgerlich-kapitalistischen Amerika funktionsfähig und herrschaftstüchtig zu erhalten. Die Garantie für Polen muß als der letzte Versuch angesehen werden, den Konflikt innerhalb des alten Systems zu regeln, indem Deutschland, das das System zu zerstören drohte, lediglich zur Rückkehr zur Viermächtediplomatie aufgefordert, aber nicht mit dem systemsprengenden Abschluß einer britisch-französisch-sowjetischen Allianz konfrontiert wurde⁸⁹.

A p p e a s e m e n t 1939

Die Garantieerklärung für Polen stellte also keine Zäsur in der europäischen Diplomatie dar, noch traten qualitative Änderungen in der von Großbritannien formulierten westlichen Deutschlandpolitik ein. Vielmehr folgte die britische Regierung weiterhin längst beachteten Grundsätzen, was evident wird, wenn man sich vor Augen hält, daß diese Politik, die

⁸⁹ Die Politik der Bündnisfreiheit, die Lehren aus dem Bündnissystem der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ziehen wollte, da der Kriegsausbruch 1914 nicht zuletzt auf die Bündnisverflechtungen und internationalen Blockbildungen zurückgeführt wurde, sollte auch im Sommer 1939 nicht aufgegeben werden. Als in Moskau wegen eines britisch-französisch-sowjetischen Abkommens verhandelt wurde, versuchte die britische Delegation gegen den Willen Frankreichs, eine direkte Allianz gegen Deutschland, die Hitler keinen Spielraum mehr gelassen hätte, zugunsten eines flexibleren Vertragsinstruments zu verhindern. Dazu Chamberlain am 19. 5. 1939 im Unterhaus: seine Politik sei nicht *a policy of lining up opposing blocs of Powers in Europe animated by hostile intentions towards one another and accepting the view that war is inevitable*. Vielmehr verfolge er eine *policy of precaution. We are trying to build up, not an alliance between ourselves and other countries, but a peace front against aggression*. Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 347, Sp. 1843 f. und 1849. Hervorhebung nicht im Original.

ein *globales Appeasement* zum Ziel hatte, stets zwei Komponenten beinhaltete. Auf der einen Seite stand das britische Verlangen nach Aufrechterhaltung des Friedens, um in einer Phase des Machtverlusts und der relativen Schwäche die historische Position als Weltmacht zu konservieren⁹⁰. Dies implizierte eine Politik des *peaceful change*, also Verhandlungsbereitschaft über gewisse Veränderungen des status quo. Damit verbunden aber war der klare Entschluß, jeden Übergriff auf die eigenen nationalen Interessen zurückzuweisen. Die Verteidigungsbereitschaft war nötig, um die revisionistischen expansiven Großmächte Deutschland, Italien und Japan nicht zu einem leichten Beutezug einzuladen, der Wille zu Konzessionen war Bedingung, um den kriegerischen Konflikt mit diesen Mächten möglichst zu vermeiden, der in jedem Fall die Stellung der Westmächte untergraben würde.

Diese zweigleisige Konzeption von Widerstand und Konzessionsbereitschaft⁹¹ bestimmte 1939 unverändert die westliche Politik gegenüber Deutschland, das weder freie Hand im Osten erhielt noch »eingekreist« werden sollte⁹². Der deutsche Botschafter von Dirksen irrte, wenn er von einem *grundlegenden Wandel* in der Deutschlandpolitik sprach. Der Ausgleich mit Deutschland war keineswegs *aus einem primären zu einem sekundären Ziel* geworden⁹³. Auch nach Hitlers Einmarsch in Prag galt das in »Mein Kampf« formulierte Programm in englischen Regierungskreisen nicht als letztes Wort⁹⁴. London hielt an seiner Grundkonzeption fest, die das *general settlement* zwingend vorschrieb, weil allein dadurch der Friede oder konkreter die Erhaltung der britischen Weltmachtstellung gesichert schien. Alle folgenden Maßnahmen Großbritanniens, die in der Form verstärkter Aufrüstungsanstrengungen oder diplomatischer Verhandlungen antideutsche Züge trugen, sollten nur den Zweck erfüllen, Deutschland unter Druck zu setzen und zu einem umfassenden Abkommen zu drängen, niemals aber isoliert und als Selbstzweck an die Stelle der Ausgleichsbestrebungen treten. Genau dies machte Chamberlain in sei-

⁹⁰ Auf das Problem »Appeasement als Krisenrezept« kann hier nicht näher eingegangen werden.

⁹¹ Schon 1935 sprach Lord Halifax von der *dual policy – the dual policy of peace and the other half of it, the obligations of defence*. Parliamentary Debates, House of Lords, Bd. 96, Sp. 1065 (22. 5. 1935). Die Forschung hat bisher zu einseitig meist nur einen Strang dieser zweigleisigen Politik beachtet. Die britische Politik war aber weder eine Politik der bloßen Konzessionen und des Zurückweichens um der Erhaltung des Friedens willen, noch reine auf dem Gedanken der Abschreckung beruhende Machtpolitik. Beide Sehweisen lösen aus dem komplexen Zusammenhang ein einzelnes Element heraus, das isoliert betrachtet auch durch Belege verifiziert werden kann, jedoch immer nur einen Teilaspekt darstellt.

⁹² So Halifax zu Bonnet am 23. 3. 1939, DBFP, III 4, No. 507, S. 488.

⁹³ Dirksen an Auswärtiges Amt, 18. 3. 1939, ADAP, D 6, Nr. 35, S. 33.

⁹⁴ TEMPLEWOOD (wie Anm. 25) S. 382.

ner bekannten Rede in Birmingham am 17. 3. 1939 deutlich, als er vor weiteren Aggressionen warnte und gegen jeden Versuch, die Welt mit Gewalt beherrschen zu wollen, britischen Widerstand ankündigte. Er sagte aber nicht, daß bereits die Besetzung Prags als Beginn der Gewaltherrschaft über Europa anzusehen sei⁹⁵. Wenige Tage später präzisierte er während der Fragestunde des Unterhauses diesen Punkt. Hitler würde Großbritannien nur dann unversöhnlich finden, wenn er weiterhin Gewalt anwende. Die britische Regierung habe aber keine Einwände gegen *vernünftige Bestrebungen* Deutschlands, neue Exportmärkte zu erschließen, das heißt, ein eigenes Einflußgebiet zu haben. Noch wolle Großbritannien der Errichtung und der Festigung gegnerischer Staatenblöcke das Wort reden. Man könne nicht von einem notwendigen Gegensatz demokratischer und totalitärer Staaten ausgehen⁹⁶.

In diesem Kontext muß auch die Garantieerklärung für Polen gesehen werden. Sie betonte die Abschreckungskomponente⁹⁷, ohne die Verhandlungsbereitschaft auszuklammern. Sie sollte nicht den Krieg gegen Deutschland vorbereiten⁹⁸, sondern Hitler *in der schonendsten Form eine als notwendig erachtete Warnung zukommen lassen*⁹⁹. Die polnische Regierung forderte man wiederholt zur Kompromißbereitschaft gegenüber Deutschland auf¹⁰⁰. Die Garantie bezog sich nicht auf den status quo, sondern auf die Unabhängigkeit Polens. Wie die »Times« richtig beobachtete, lag der Akzent auf Unabhängigkeit des Landes, nicht auf Unantastbarkeit bestehender Grenzen¹⁰¹. Grenzrevisionen, insbesondere ei-

⁹⁵ Blaubuch der britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. September 1939, Basel 1939, S. 11. Dies wird auch deutlich in der Kabinettsitzung vom 18. 3. 1939, PRO, CAB 23/98.

⁹⁶ Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 345, Sp. 1462 (23. 3. 1939).

⁹⁷ HALIFAX, Earl of: *Fulness of Days*, London 1957, S. 205. Vgl. auch Memorandum des Foreign Office vom 22. 5. 1939, DBFP, III 5, No. 589, S. 642.

⁹⁸ FEILING (wie Anm. 20) S. 404. Auch deutschen Stellen gab man diese Erläuterung der Garantie. Siehe einen Bericht von Geschäftsträger Th. Kordt vom 31. 3. 1939, ADAP, D 6, Nr. 137, S. 142 f. Vgl. auch NORTHEDGE, F. S.: *The Troubled Giant. Britain among the Great Powers 1916–1939*, London 1966, S. 586, 620.

⁹⁹ Bonnet an Noël, 31. 3. 1939, Gelbbuch der französischen Regierung. Diplomatische Urkunden 1938–1939, Basel 1939, S. 123. Bonnet hatte die Formulierung eines Schreibens von Halifax an Phipps über die bevorstehende Garantieerklärung für Polen vom 30. 3. 1939 übernommen: *We feel it is highly desirable to give timely warning to the German Government in terms as little provocative as possible concerning any aggression against Poland*. DBFP, III 4, No. 566, S. 545. Hervorhebung nicht im Original.

¹⁰⁰ DBFP, III 4, No. 584, S. 554; ebd. III 5, No. 167, S. 203; No. 285, S. 324; No. 431, S. 478.

¹⁰¹ Times vom 1. 4. 1939. Sehr gut zu diesem Punkt CIENCIALA, Anna M.: *Poland and the Western Powers 1938–1939. A Study in the Interdependence of Eastern and Western Europe*, London 1968, S. 226 f.

ne Änderung des Status von Danzig¹⁰², sollten also auf dem Verhandlungsweg durchaus möglich sein¹⁰³. Wichtig ist vor allem, daß die Entscheidung, ob die polnische Unabhängigkeit gefährdet war, in London liegen sollte¹⁰⁴. Großbritannien gab seine traditionelle Politik der freien Hand nicht auf¹⁰⁵. Schließlich wurde die ausdrücklich als Übergangsmaßnahme bezeichnete Garantie von einer positiven Reaktion Polens auf die am 27. März gemachten Vorschläge abhängig gemacht¹⁰⁶.

Die Garantie für Polen schuf keine irreversiblen Tatsachen. Deutschland sollte gewarnt, aber nicht unwiderruflich mit einem Gürtel von Allianzen umgeben werden. Es konnte sich noch immer als *guter Nachbar* erweisen¹⁰⁷. Als im Sommer 1939 die britisch-französischen Verhandlungen mit der Sowjetunion liefen, signalisierte Chamberlain dem deutschen Kanzler, dies alles sei als *Notbehelf* zu verstehen, *dessen Vereinbarkeit mit dem deutsch-englischen Ausgleich er dauernd im Auge zu behalten suchte*¹⁰⁸. Die damals unmittelbar bevorstehenden Gespräche mit Wohlthat, Ministerialdirektor in Görings Amt für den Vierjahresplan, stellten keinen »Rückfall in die Befriedungspolitik«¹⁰⁹ dar, sondern nahmen einen nie zerrissenen Faden wieder auf.

¹⁰² Sitzung des Committee on Foreign Policy am 31. 3. 1939, PRO, CAB 27/624.

¹⁰³ Unmittelbar nach der Garantieerklärung schrieb Chamberlain: *What we are concerned with is not the boundaries of States, but attacks on their independence*. FEILING (wie Anm. 20) S. 403. Siehe auch Chamberlains Rede im Unterhaus am 3. 4. 1939, Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 345, Sp. 2489.

¹⁰⁴ Kabinettsitzung vom 31. 3. 1939, PRO, CAB 23/98. Vgl. TEMPLEWOOD (wie Anm. 25) S. 349. Dieser Vorbehalt wurde allerdings weder veröffentlicht noch Warschau übermittelt.

¹⁰⁵ Dies unterstrich Chamberlain am 17. 3. 1939 in Birmingham (wie oben Anm. 95). Schon am 15. 3. 1939 dazu Schatzkanzler Simon, der 1931–35 Außenminister gewesen war, im Unterhaus: *It is a really necessary principle of British foreign policy ... that we should not enter into extensive, indefinite commitments with the result that the control of our own action, and to a large extent the control of our own foreign policy, will depend not on this country, on this Parliament, on these electors, but upon a whole lot of foreign countries*. Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 345, Sp. 554.

¹⁰⁶ Halifax an den britischen Botschafter in Warschau 31. 3. 1939, DBFP, III 4, S. 554.

¹⁰⁷ Chamberlain am 19. 5. 1939 im Unterhaus. Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 347, Sp. 1839 f.

¹⁰⁸ Chamberlain zu Adam von Trott zu Solz, 8. 6. 1939, ADAP, D 6, Nr. 497, S. 568. Die Aufzeichnung über das Gespräch hat Hitler vorgelegen. – Diesen Punkt formulierte auch Lord Halifax in der Kabinettsitzung vom 26. 4. 1939: *We should, of course, endeavour to order our policy so that, if war broke out, Russia would be either neutral or should come in on our side. At the same time it was essential to bear in mind the effects of our relations with Russia on Poland, Roumania and other countries, not excluding Germany. His conclusion, therefore, was as follows: we should not act in such a way as to forgo the chance of Russian help in war; we should not jeopardise the common front with Poland, and we should not jeopardise the cause of peace.* PRO, CAB 23/99. Hervorhebungen nicht im Original.

¹⁰⁹ So METZMACHER, Helmut, Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14, 1966, S. 410.

Freilich bleibt die Frage, ob das britische Signalement den Empfänger auch richtig erreichen konnte. Verstand Hitler die gleichzeitig vorgebrachten Warnungen und Angebote aus London? Wie sich bald zeigen sollte, verfehlte die doppelgleisige Außenpolitik der Westmächte ihre Wirkung vollständig. Einerseits sah sich Hitler schon in der Anfangsphase seines »Programms« gestört, das die »stufenweise Etablierung einer auf europäische Hegemonie und überseeische Gebiete gestützten Weltmachtstellung«¹¹⁰ vorsah. Großbritannien erklärte sich nicht zum Desinteresse am Kontinent bereit, das Hitler freie Hand in Osteuropa eingeräumt hätte. Die britische Präsenz auf dem Kontinent, die in dem Wunsch nach Kontrolle der außenpolitischen Dynamik des nationalsozialistischen Deutschland durch Verhandlungen zum Ausdruck kam und seit 1936/37 Hitlers ambivalenten Kurs gegenüber Großbritannien hervorrief¹¹¹, trat mit der Garantieerklärung für Polen klar zutage. Da das britische Verhandlungsangebot aus Hitlers Sicht zu eng war, Hitler aber an seinem Programm festhielt, rückte die Möglichkeit einer Auseinandersetzung mit den Westmächten näher¹¹². Andererseits mußte der britische Verhand-

¹¹⁰ HILDEBRAND, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1971, S. 70.

¹¹¹ Dazu HILDEBRAND (wie Anm. 110) S. 46 ff.

¹¹² Zu Hitlers Plan eines »zwischenengeschalteten Westkriegs«, der den Weg zur vorrangig angesehenen Ostexpansion im Falle einer britisch-französischen Intervention freimachen sollte, vgl. HENKE, Josef: Hitler und England vom Scheitern der Bündnis-konzeption bis zum Kriegsbeginn (1935/37–1939), Diss. Freiburg 1971 (Masch.). Zu Hitlers Reaktion auf die britisch-französischen Garantien vgl. auch KUHN, Axel: Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970, S. 238 ff. (wo im übrigen für die britische Politik an den gängigen Klischees festgehalten wird: sie habe im März/April 1939 einen »radikalen Wandel« erfahren und sei ein »festes Engagement auf dem europäischen Kontinent« eingegangen). [Nach Abschluß des Manuscripts im Sommer 1971 ist ein intensiver Fortgang der Forschungen zur britischen Vorkriegspolitik zu beobachten, deren wesentliche Tendenzen analysiert werden von NIEDHART, Gottfried, Friede als nationales Interesse: Großbritannien in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, in: Neue Politische Literatur 17, 1972, S. 451 ff. und SCHMIDT, Gustav, Strategie und Außenpolitik des »Troubled Giant«, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1973, H. 2, S. 200 ff. Die Frage der Garantie für Polen, insbesondere die Tilea-»Affäre«, wurde jüngst wieder eingehender behandelt von ASTER, Sidney: 1939. The Making of the Second World War, London 1973. Ferner ist für unseren Problemzusammenhang hinzuweisen auf DOHERTY, Julian C.: Das Ende des Appeasement. Die britische Außenpolitik, die Achsenmächte und Osteuropa nach dem Münchener Abkommen, Berlin 1973. Beide Autoren versuchen, an der überlieferten und von uns in Zweifel gezogenen These festzuhalten, im März 1939 sei eine Zäsur in der britischen Politik zu beobachten. Aus der Flut der übrigen neueren Publikationen sei besonders hervorgehoben:

Zu Anm. 8: MACDONALD, C. A., Britain, France and the April Crisis of 1939, in: European Studies Review 2, 1972, S. 151 ff.

Zu Anm. 14: Die handels- und finanzpolitischen Verflechtungen behandelt WENDT, Bernd Jürgen, England und der deutsche »Drang nach Südosten«. Kapitalbeziehungen

lungswunsch auch nach der Garantieerklärung für Polen Hitler in seinem Glauben bestärken, Großbritannien werde sich bei einer Demonstration deutscher Macht doch neutral verhalten und seinen eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen.

Beide Seiten hielten beharrlich an ihrer Politik fest: Deutschland an der Ostexpansion (in der Hoffnung, Großbritannien werde abseits stehen), weil der Krieg eine notwendige Konsequenz der Finanzen und Wirtschaft ruinierenden Rüstungspolitik und darüberhinaus konstitutiv für Hitlers machtpolitisch-ideologisches Ziel war; Großbritannien an seinem Gesprächsangebot, weil nur darin und in der friedlichen Austragung des Konflikts eine Chance für die Bewahrung der britischen Weltmachtstellung bestand.

und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag. Hg. v. I. GEISS und B. J. WENDT, Düsseldorf 1973, S. 483 ff.

Zu Anm. 17: *The Diaries of Sir Alexander CADOGAN 1938–1945*, hg. v. D. DILKS, London 1971.

Zu Anm. 32: GUIRAL, Pierre, Frankreich zwischen 1936 und 1939, in: Weltpolitik 1933–1939, hg. v. O. HAUSER, Göttingen 1973, S. 29 ff. und KEMP, Tom: *The French Economy 1913–1939. A History of a Decline*, London 1972.

Zu Anm. 57: TAMCHINA, Rainer, Commonwealth und Appeasement: die Politik der britischen Dominions, in: *Neue Politische Literatur* 17, 1972, S. 471 ff.

Zu Anm. 72: Nachzutragen ist SCHRÖDER, H.-J.: Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutschamerikanischen Gegensatzes, Wiesbaden 1970. Die neuere Forschung analysiert MOLTSMANN, Günter, Die weltpolitische Lage 1936–1939: die USA, in: Weltpolitik 1933–1939, hg. v. O. HAUSER, Göttingen 1973, S. 146 ff.

Zu Anm. 89: MANNE, Robert, The British Decision for Alliance with Russia, May 1939, in: *Journal of Contemporary History* 9, 1974, No. 3, S. 3 ff.

Zu Anm. 112: Die Dissertation von HENKE wurde inzwischen publiziert: England in Hitlers politischem Kalkül 1935–1939, Boppard 1973. Zum Gesamtproblem vgl. auch HILLGRUBER, Andreas, England in Hitlers außenpolitischer Konzeption, in: *Historische Zeitschrift* 218, 1974, S. 65 ff.]